

## Zukunft der Währungsunion – Zukunft Europas

### Konsequenzen aus der Schuldenkrise in Griechenland

Fraktionsbeschluss 15. März 2010

Die Schuldenkrise Griechenlands und weiterer europäischer Staaten ist der erste harte Test für die Beständigkeit der Euro-Zone. Zum ersten Mal seit Einführung der Gemeinschaftswährung scheint der Fortbestand des Euro auf dem Spiel zu stehen. Europa sollte diese Krise nutzen, um die dadurch offen zu Tage getretenen fundamentalen Schwächen zu überwinden. Dabei muss klar sein: Das entschiedene Bekenntnis zum Zusammenwachsen Europas und zum Prinzip der innereuropäischen Solidarität muss im Zentrum dieses Engagements stehen. **Der Währungsunion muss eine stärkere wirtschaftspolitische Union folgen. Die EU braucht mehr wirtschaftspolitische Koordinierung sowie mehr wirtschafts- und steuerpolitische Harmonisierung.** Es muss schnell klargestellt werden, wie die EU Griechenland in der akuten Schuldenkrise unterstützen will und welche Anforderungen an Griechenland gestellt werden. Wir brauchen einen Fahrplan für eine wirksamere und verbindlichere Koordinierung der Wirtschafts-, Fiskal-, Steuer- und Arbeitsmarktpolitik in der EU. Sowohl die Mitgliedstaaten als auch die europäischen Institutionen müssen dazu ihren Beitrag leisten. Dabei geht es nicht nur um die Rettung Griechenlands, sondern es geht insgesamt um die Europäische Union.

#### I. Akute Schulden-Krise bekämpfen:

Der griechische Staat hat mit Klientelpolitik, Korruption, Steuerhinterziehung und einem aufgeblähten öffentlichen Sektor erheblich dazu beigetragen, die Staatsfinanzen zu ruinieren. Der griechischen Politik ist vor allem vorzuwerfen, dass sie die niedrigen Zinsen nach Eintritt in den Euro nicht genutzt hat um die strukturellen Probleme des Landes anzugehen. Die griechische Regierung hat jetzt umfangreiche Sparpläne vorgelegt, die von der Europäischen Zentralbank als überzeugend eingeschätzt werden. Dabei ist die griechische Regierung gefordert, zusätzlich zum Konsolidierungsprogramm eine schlüssige wirtschaftspolitische Gesamtstrategie vorzulegen. Neben dem Sparprogramm dürfen Investitionen im Sinne eines europäischen Grünen New Deal nicht ausbleiben. Diese Ausgaben an der richtigen Stelle leisten einen Beitrag um die Konjunktur zu stabilisieren und die griechische Wirtschaft zukunftsfähig zu machen.

Wir brauchen jetzt eine ernsthafte Debatte wie diese schwere Krise gemeistert werden kann. Dabei darf die Bundesregierung nicht mehr nur mit Dementis agieren und die Öffentlichkeit über den wahren Stand der Debatte zwischen den Regierungen im Dunkeln lassen. Das schadet der europäischen Idee und verstärkt den Eindruck der EU als Kabinett der Hinterzimmer. Nebelkerzen helfen nicht weiter. Vor allem verbieten sich chauvinistische, antieuropäische Töne in dieser Debatte, wie sie aus dem konservativen Lager derzeit zu hören sind. Insbesondere die Forderung von Schwarz-gelb, Griechenland solle seine Inseln verkaufen, ist blanke Überheblichkeit: Union und FDP sind die deutschen Schuldenkönige. Die Koalition ist gerade dabei mit rund 80 Milliarden Euro einen neuen Schuldenrekord aufzustellen. Union und FDP sollten lieber vor der eigenen Tür kehren. Vor allem verschweigt diese Diskussion völlig, dass die Krise in Griechenland und anderen Ländern auch eine Folge mangelhafter wirtschaftlicher Koordination in Europa ist. So haben sich die Wettbewerbsfähigkeiten zwischen den EURO-Ländern in den letzten Jahren deutlich auseinanderentwickelt. Gerade die deutsche Regierung hat in diesem Feld zu den Bremsern bei einer Fortentwicklung der Koordination gehört. Insofern gibt es eine Gesamtverantwortung Europas für diese Entwicklung.

**Die Europäische Union kann und muss ihre Probleme selber lösen.** Sie darf, trotz der eigenen griechischen Versäumnisse, Griechenland nicht der Willkür internationaler Spekulanten überlassen. **Es geht für uns also nicht darum „Ob“** Deutschland und die EU den Griechen bei Sanierung und Neuanfang helfen. Diese Hilfe ist ein Gebot europäischer Solidaritätsprinzipien. Wenn es einem Mitglied der europäischen Familie schlecht geht, dann helfen die Europäer. Sie ist aber auch aus rein „deutscher Perspektive“ absolut rational. Die deutsche Exportwirtschaft profitierte und profitiert stark von der gemeinsa-

men Währung. Die Währungsunion darf jetzt nicht aufs Spiel gesetzt werden. Außerdem wären deutsche Banken von einem Zahlungsausfall Griechenlands besonders betroffen. Deutsche Banken halten etwa 40 Milliarden Euro Forderung gegenüber Griechenland. Ein Zahlungsausfall Griechenlands hätte nicht nur für die Banken selbst negative Folgen. Auch in der Bundesrepublik hätten Unternehmen mit einer restriktiveren Kreditvergabe zu rechnen, weil die Banken ihre Kreditausfälle kompensieren müssten. Um diese Probleme zu vermeiden müssen wir handeln. **Es geht darum „Wie“:** Hilfe für Griechenland kann nur als Gegenleistungen für die Erfüllung strikter Auflagen erfolgen.

Es nicht nachvollziehbar, dass die weit überdurchschnittlichen Rüstungsausgaben Griechenlands von den bisherigen Sparvorgaben ausgenommen sind. Inakzeptabel ist, dass Deutschland und andere europäische Regierungen auf weitere Rüstungskäufe zur Stärkung ihrer nationalen Industrien drängen.

Die privaten Geldgeber haben Griechenland immer mehr Kredite gegeben; im festen Glauben die EU oder der IWF werde im Zweifel schon einspringen. Deshalb ist klar: **Die Gläubiger müssen an den Kosten einer möglichen Rettung Griechenlands mit einem spürbaren Beitrag beteiligt werden!**

### Mit Eurobonds in der Krise kurzfristig helfen

Prinzipiell braucht Europa ein **Kriseninterventionsinstrument für den Euro**. Als kurzfristige **Krisennothilfe/Brückenfinanzierung** könnten Eurobonds die betroffenen Länder vor einem massiven und schnellen Liquiditätsabzug schützen. Dies muss solidarisch verhindert werden, denn ein Staatsbankrott einzelner Länder würde der gesamten Währungsgemeinschaft teuer zu stehen kommen. Voraussetzung für die durch die gesamte Gemeinschaft besicherten Anleihen ist, dass die profitierenden Länder, wie beispielsweise Griechenland, ihre Sparzusagen einhalten, um die hausgemachten Probleme mangelnder Haushaltskonsolidierung und ausgebliebener Strukturreformen anzugehen und dass im Ernstfall die europäischen Staaten Vorrang vor anderen Gläubigern haben.

### Spekulationsgeschäfte verhindern

Ein konsequenter Konsolidierungskurs der Euro-Länder darf nicht durch Spekulationsgeschäfte gefährdet werden. Daher müssen **Kreditausfallversicherungen (CDS)**, sofern sie nicht zur Absicherung eigener Risiken dienen, umgehend verboten werden. Es reicht nach unserer Überzeugung also nicht aus, die CDS einfach zu registrieren, wie es von der BAFIN verlangt wird.

### Von den Rating-Agenturen unabhängiger werden

Europa muss die Dominanz der internationalen Rating-Agenturen brechen, dazu braucht es eine eigene öffentlich-rechtliche Rating-Agentur. Diese soll ihre Ratings transparent machen, so dass die Kapitalmärkte Vertrauen fassen können. Die EZB soll in Zukunft stärker selbst beurteilen, welche Staatsanleihen sie als Sicherheiten akzeptiert. Damit sind die Euro-Länder nur noch vom Rating solcher Institution abhängig, die der Euro-Stabilität verpflichtet sind.

### Für neues Vertrauen wirksamer kontrollieren

Der Euro braucht ein **Frühwarnsystem**. Der griechische Datenbetrug zeigt, dass das europäische Statistikamt EUROSTAT ein Durchgriffs- und Weisungsrecht gegenüber den nationalen Statistikämtern erhalten muss. Ebenso ist eine stärkere Haushaltsüberwachung seitens der EU notwendig. Dies bedeutet, dass die EU-Kommission stärkere Kompetenzen im Rahmen der Berichte des Stabilitätspakts erhalten muss, aber auch dass der Rat der Finanzminister stärker in die Pflicht genommen wird. In diesem Zusammenhang ist der europäische Rechnungshof zu stärken.

## II. Europäische Wirtschaftspolitik stärken

Die aktuelle Krise macht deutlich, dass eine Währungsunion ohne eine wirtschaftspolitische Koordination nicht funktionieren kann. Dies ist ein entscheidender Mangel der bisherigen EURO-Zone und der Europäischen Union.

**Stärkere wirtschaftspolitische Koordination** kann nicht bedeuten, sich künftig einfach nur öfter zu treffen. Ohne eine demokratisch kontrollierte Europäische Wirtschaftsregierung, die deutlich mehr ist als eine unregelmäßige Koordination im EU-Rat, steht der Fortbestand der Euro-Zone und damit letztlich auch der EU auf dem Spiel. Die Mitgliedstaaten müssen tatsächlich ihre Politiken auf europäischer Ebene stärker und verbindlicher koordinieren. Die Lohnpolitik muss wie bisher Teil dieser wirtschaftspolitischen Koordination sein. Wir setzen uns für einen europäischen Sozialpakt ein, der arbeitsrechtliche und soziale Mindeststandards formuliert. Dazu gehört auch, dass die Mitgliedsstaaten Rahmenbedingungen wie die Einführung von Mindestlöhnen oder äquivalente Regelungen in allen Staaten vereinbaren.

Wer was wie gut mitmacht darf künftig nicht mehr durch Freiwilligkeit entschieden werden. Die Mitgliedstaaten müssen sich verbindlichen Zielen verpflichten und deren Einhaltung muss kontrolliert werden. Zudem müssen Rat und Kommission die neuen Möglichkeiten aus dem Vertrag von Lissabon nutzen und deutliche Empfehlungen und Zielsetzungen an die Mitgliedsstaaten formulieren. Eine Lösung wird aber nicht funktionieren, wenn nicht auch auf europäischer Ebene mehr getan wird. Das heißt mitunter auch, dass die EU mehr Kompetenzen von den Mitgliedsstaaten bekommen muss. Allein das Schlagwort von mehr Koordination reicht nicht aus. In wichtigen Fragen der Steuer- und Wirtschaftspolitik brauchen wir eine stärkere Harmonisierung von Standards in der EU. So wollen wir Grüne z. B. stärker harmonisierte Arbeitnehmerrechte und eine EU-Unternehmenssteuer. Nur so kann der Steuereuropawettbewerb zwischen den EU-Staaten unterbunden werden.

In der Regel hat ein gemeinsamer Währungsraum eine Zentralbank und ein Finanzministerium. Europa hat nur die Europäische Zentralbank. Deshalb müssen wir in der EU eine stärkere europäische Wirtschafts- und Finanzpolitik entwickeln. Dass die Bundesregierung in den Diskussionen um die neue EU-2020-Strategie wieder als Bremser auftritt, zeigt dass die Koalition nichts aus der aktuellen Krise gelernt hat.

### Stabilitäts- und Wachstumspakt weiter entwickeln

Mit der Begrenzung der staatlichen Verschuldung als einzigem harten Kriterium hat sich der Stabilitäts- und Wachstumspakt (Maastricht-Kriterien) in der Krise als nicht ausreichend erwiesen. Deswegen müssen die Ziele der Stabilitäts- und Wachstumspolitik um ein weiteres Ziel **des außenwirtschaftlichen Gleichgewichtes** ergänzt werden, das bereits im deutschen Stabilitäts- und Wachstumsgesetz angelegt ist. Sowohl die Mitgliedsländer mit hohen Defiziten als auch jene mit hohen Überschüssen müssen verbindliche Empfehlungen zur Reduktion dieser Ungleichgewichte erhalten und der Kommission regelmäßig berichten mit welchen Maßnahmen bis zu welchem Zeitpunkt die übermäßigen Leistungsbilanzsalden abgebaut werden sollen. Diesem Ziel muss die neue EU2020-Strategie gerecht werden. Außerdem müssen auch die Probleme hoher privater Verschuldung und spekulativer Vermögenspreisblasen berücksichtigt werden.

Ein notorisches Abweichen von den Empfehlungen muss Konsequenzen nach sich ziehen. Eine verbindliche Berichtspflicht und die Möglichkeit zur **Einleitung eines Vertragsverletzungsverfahrens** durch die Europäische Kommission könnten erste Schritte sein, die Diskussion über weitere Sanktionsmöglichkeiten steht auf der Tagesordnung.

Die Krise zwingt die Defizitländer ihren Kurs zu ändern und **übermäßige Leistungsbilanzdefizite abzubauen**. Dazu müssen sie mehr exportieren und weniger importieren. Ob sich die deutschen Exportüberschüsse nach der Krise noch durchsetzen lassen, ist fraglich. Bei der gigantischen Exportabhängigkeit unseres Landes ist das ein schwieriger Befund. Ohne Zweifel muss Deutschland die Stärkung der binnenwirtschaftlichen Entwicklung in den Vordergrund rücken. Dazu gehören auch die im Rahmen des Green New Deal vorgesehenen Investitionen für Klimaschutz, soziale Gerechtigkeit und Bildung.

## Europäischer Währungsfonds

Die Einrichtung eines Europäischen Währungsfonds kann ein Schritt in Richtung eines **geregelten Umgangs mit hochverschuldeten EU-Mitgliedstaaten** sein. Ein solcher Fonds, den nun auch die Bundesregierung unterstützt, ändert jedoch nichts an der Notwendigkeit einer stärkeren wirtschaftspolitischen Koordination zur Prävention zukünftiger Krisen. Wird der Fonds falsch ausgestaltet, kann er sogar zu inkonsistenten Vorgaben verschiedener europäischer Institutionen führen. Der Fonds darf deshalb nicht unverbunden und unkontrolliert neben die bisherigen Verfahren gestellt werden, sondern muss Teil einer neuen wirtschaftspolitischen Entscheidungsstruktur in Europa sein und einer strikten demokratischen Kontrolle unterliegen. Bei einem europäischen Währungsfonds darf nicht der Konstruktionsfehler des Internationalen Währungsfonds, nämlich eine einseitige Fixierung auf die Interessen der Gläubiger, wiederholt werden. Stattdessen müsste ein Europäischer Währungsfonds bei Ländern, die in die Schuldenkrise geraten, einen Entschuldungsplan vorlegen, der Gläubiger und Schuldner in die Verantwortung nimmt, und die Umsetzung dieses Plans überwachen.

## Eigene europäische Finanzierungsquellen erschließen

**Europa braucht auch eigene Steuerkompetenzen.** Die von uns vorgeschlagene europäische Finanzumsatzsteuer ist eines der Mittel gegen spekulative Exzesse und dient zugleich dem Ziel, die Einnahmen der EU stärker zu europäisieren. Eine Finanzumsatzsteuer, eine europäische Kerosinbesteuerung, eine europäische CO<sub>2</sub>-Steuer oder andere Kraftstoffsteuern können die EU gegenüber dem Geschacher der Mitgliedstaaten vor Beschluss jeder neuen finanziellen Vorausschau unabhängiger machen. Zudem harmonisieren sie das wirtschaftliche Umfeld in den verschiedenen EU-Staaten und vermeiden so einen Wettbewerb um niedrige Steuern und Abgaben („race to the bottom“). Die Strukturmittel tragen bereits heute stark dazu bei, divergierende Entwicklungen innerhalb der EU abzufedern. Gerade als Lehre aus der aktuellen Situation müssen sie aber künftig stärker auf die Förderung von nachhaltigen Projekten und nachhaltigem Wachstum ausgerichtet sein.

AutorInnen: Kerstin Andreae MdB, Gerhard Schick MdB, Fritz Kuhn MdB, Manuel Sarrazin MdB, Frithjof Schmidt MdB